Konzeption und Autor
Zubair Ahmad

Antimuslimischer Rassismus gegen junge Menschen

Geleit
Cihan Sinanoğlu

Vorwort
Jasemin Seven

Schwarzkopf Stiftung
JUNGES EUROPA

JUNGE ISLAM KONFERENZ

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit
Antimuslimischer Rassismus tötet 4

Vorwort
Warum wir starke Allianzen brauchen 6

Antimuslimischer Rassismus gegen junge Menschen 8

- Einleitung 10
- Antimuslimischer Rassismus in Deutschland 14
- Betroffenheit & Herausforderungen des antimuslimischen Rassismus bei jungen Menschen 20

Handlungsempfehlungen für mehr Sichtbarkeit und Sensibilisierung für die Betroffenengruppe junger Menschen 27

Antimuslimischer Rassismus – eine deutsche Bilanz Zubair Ahmad im Gespräch mit Saba-Nur Cheema 32

Junge Islam Konferenz 42

Impressum 43

Antimuslimischer Rassismus tötet

Laut der im Mai 2022 veröffentlichten Studie „Rassistische Realitäten" des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa), geben fast 73 % der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren an, mindestens einmal im Leben Rassismus erlebt zu haben (NaDiRa 2022, S. 32). Rassismus kann dabei unterschiedliche Formen annehmen. Er kann mörderisch sein, wie im Fall von Marwa El-Sherbini, die am 1. Juli 2009 im Landgericht Dresden von Alexander W. aus rassistischen Motiven ermordet wurde. Sie war von ihm zuvor auf einem Spielplatz als „Terroristin" und „Islamistin" beschimpft worden und hatte dies zur Anzeige gebracht. In Deutschland finden durchschnittlich jeden Tag mehr als zwei antimuslimische Übergriffe statt, wie verbale Angriffe, körperliche Verletzungen und Sachbeschädigungen. Allein für das Jahr 2022 hat CLAIM, eine Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit, 898 antimuslimische Vorfälle im Rahmen eines Monitorings erfasst. Antimuslimischer Rassismus tritt in Formen direkter Gewalt auf, hat aber auch das Potenzial, die soziale Mobilität betroffener Jugendlicher zu verhindern. Gerade in gesellschaftlich zentralen Bereichen, wie etwa dem Bildungssystem, kann Rassismus zu Ausschlüssen führen und Perspektiven auf ein selbstbestimmtes Leben zunichte machen.

der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren geben an, mindestens einmal im Leben Rassismus erlebt zu haben (NaDiRa 2022, S. 32).

Diese rassistischen Realitäten betten sich in eine Gegenwart ein, die von multiplen Krisen wie Krieg, Pandemie, Klimakatastrophen und Flucht herausgefordert wird. Inflation und zunehmende sozioökonomische Ungleichheiten sind nur einige der Folgen dieser Krisen. Häufig bieten rassistische Wissensbestände ein Repertoire an Erklärungen, um soziale und ökonomische Krisen auf scheinbar eindeutige und simple Antworten zu reduzieren. Die Sehnsucht nach einer „intakten" Vergangenheit wird dabei allzu oft mit Vorstellungen von einer Zeit verknüpft, die vermeintlich homogen war. Hierbei spielt antimuslimischer Rassismus eine zentrale Rolle. Er verbindet die Krisenhaftigkeit direkt mit der Figur des als muslimisch gelesenen „Anderen".

Jedoch wächst in der Gesellschaft zunehmend die Bereitschaft, über Rassismus zu sprechen. Fragen von strukturellem und institutionellem Rassismus spielen in politischen Auseinandersetzungen eine immer wichtigere Rolle. Auch steigt das Bewusstsein für die notwendige Aufarbeitung rassistischer Vorfälle. Der Wandel im politischen und öffentlichen Bewusstsein hat Konsequenzen für die Relevanz dieser Themen. Nicht zuletzt zeigt sich dies in politischen Reaktionen und Entscheidungen auf Bundesebene, wie etwa in der Einrichtung eines Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus und der Einsetzung einer Antirassismusbeauftragten. Doch ein erhöhtes öffentliches Bewusstsein und eine gesteigerte Thematisierung von Rassismus gehen nicht automatisch mit einem Abbau von Rassismus einher. Insbesondere dann, wenn die Maßnahmen auf einer symbolischen Ebene verbleiben. Zudem ist gegenwärtig eine organisierte Abwehr rassismuskritischer Perspektiven und eine Enthemmung des politischen Diskurses zu beobachten. Um diesen Prozessen der offenen Entsolidarisierung und der Verstärkung von rassistischen Diskursen entgegenwirken zu können, ist es unverzichtbar, etablierte rassistische Wissensstrukturen sichtbar zu machen und deren Auswirkungen auf institutionelle Praktiken zu erkennen. Auf diese Weise kann es gelingen, Ansatzpunkte für antirassistische Handlungsmaßnahmen zu identifizieren. Auch wenn die gesellschaftlichen Zustände bei den Betroffenen oft Ohnmacht, Angst und Frustration erzeugen, sollten wir nicht vergessen, dass Rassismus schon immer organisierten Widerstand hervorgerufen hat. Aktuelle Kämpfe sind von diesem inspiriert und bauen auf diesem auf. Vor diesem Hintergrund leistet die Junge Islam Konferenz einen wichtigen Beitrag, um Rassismus entgegenzuwirken. Sie stellt einen rassismuskritischen Wissenstransfer in die Politik, Verwaltung, (Zivil-) Gesellschaft und Medien her. Darüber hinaus bietet sie eine Plattform für junge Menschen, die strukturell benachteiligt sind und deren Stimmen und Perspektiven gesellschaftlich marginalisiert werden. Diese Plattform kann von ihnen genutzt werden, um sich zu organisieren und auf die eigenen Belange und Bedürfnisse aufmerksam zu machen.

*Ein Vorwort von **Jasemin Seven** – Leitung Junge Islam Konferenz*

Warum wir starke Allianzen brauchen

Antimuslimischer Rassismus ist keine abstrakte Gefahr, sondern schmerzhafter Alltag für viel zu viele Menschen in Europa. Er stellt eine große Gefahr dar – nicht nur für Muslim*innen oder diejenigen, die als Muslim*innen gelesen werden, sondern für unsere Gesellschaft und Demokratie im Gesamten. Deshalb setzen wir uns als Junge Islam Konferenz seit über zwölf Jahren dafür ein, das Bewusstsein für antimuslimischen Rassismus zu schärfen, kulturelle Kompetenz aufzubauen, über die Intersektion von Diskriminierungserfahrung zu sprechen, gemeinsam an Veränderungen zu arbeiten und auch die kritischen, manchmal unbequemen Fragen zu stellen.

In den letzten Jahren haben Muslim*innen und diejenigen, die als solche gelesen werden, in Europa einen Anstieg von Hass, Diskriminierung und Angriffen erlebt. Als ein Netzwerk, dem junge Menschen verschiedenster Positionierung angehören, sind wir Austauschplattform und Empowerment-Raum zu islambezogenen Fragen und damit verbundenen Themen des Zusammenlebens in einer postmigrantischen Gesellschaft. Wir setzen uns darüber hinaus für die

Bekämpfung von Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung und (antimuslimischem) Rassismus ein, sind uns aber bewusst, dass wir unsere Bemühungen in einer Zeit, in der Rassismus und Extremismus unsere Gesellschaft und Demokratie bedrohen, verstärken müssen.
Vor allem für junge muslimisch gelesene Menschen sind Diskriminierung und antimuslimischer Rassismus oft fester Bestandteil der eigenen Lebensrealität. In sämtlichen Lebensbereichen – im öffentlichen Raum, in Bildungseinrichtungen, auf dem Arbeitsmarkt und in Behörden – werden sie häufig mit stereotypischen Zuschreibungen versehen, zu „Fremden" gemacht, benachteiligt und teilweise verbal oder gar physisch angegriffen.

Das verhindert nicht nur Teilhabe, sondern hat auch schwerwiegende Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit dieser jungen Menschen und ihre individuelle Lebensgestaltung und -planung. Der Schutz vor Diskriminierung und Rassismus und die Unterstützung im Umgang damit müssen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Dafür muss sich die Gesamtgesellschaft (selbst)kritisch mit rassistischen Machtstrukturen und ihren Wirkweisen auseinandersetzen, sich klar gegen Diskriminierung und Rassismus positionieren und die besonderen Bedarfe junger Muslim*innen und muslimisch gelesener Menschen mitdenken und berücksichtigen.

Klar ist: Antimuslimischer Rassismus greift die Menschenwürde an, die das Grundgesetz uns allen garantiert. Deshalb sind wir als Gesamtgesellschaft kontinuierlich herausgefordert, unsere Demokratie und ihre Werte mit Leben zu füllen und zu verteidigen. Dafür bedarf es keiner gemeinsamen Identität, sondern einer gemeinsamen Haltung. Ein antirassistisches und diversitätssensibles postmigrantisches Deutschland lässt sich nur im Kollektiv realisieren. Als Junge Islam Konferenz arbeiten wir daran, die Stimmen und Bedarfe betroffener junger Menschen noch stärker in den Fokus zu rücken, um antirassistische Arbeit effektiver und nachhaltiger zu gestalten. Dafür braucht es Verbündete, Unterstützer*innen und starke Allianzen, die der Gewalt des antimuslimischen Rassismus entschieden entgegentreten.

Antimuslimischer Rassismus gegen junge Menschen

Text von Zubair Ahmad

Einleitung

*„Rassismus verhindert,
dass sich Menschen individuell entfalten
und ihr volles Potenzial ausschöpfen können,
er untergräbt den Zusammenhalt,
wertet Menschen ab, bedroht ihre Sicherheit
sowie ihr Zugehörigkeitsgefühl und steht damit dem grundgesetzlich festgelegten
Gedanken einer gleichwertigen
und vielfältigen Gesellschaft entgegen.“*
(Lagebericht Rassismus in
Deutschland, 2023)

6,4–6,7 %
Anteil der Muslim*innen in Deutschland

Nach Hochrechnungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge leben mittlerweile zwischen 5,3 und 5,6 Millionen Muslim*innen in Deutschland. Der muslimische Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen ca. 6,4 % und 6,7 % und bildet somit die zweitgrößte religiöse Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Obwohl Muslim*innen und Islam seit Jahrzehnten ein Teil unserer Gesellschaft sind, werden sie wiederkehrend wegen ihres Glaubens rassistisch angefeindet, ausgegrenzt und ausgeschlossen. Das gilt ebenso für Menschen, die für Muslim*innen gehalten, also als solche gelesen werden.
Daten aus repräsentativen Studien und Zahlen aus Kriminalstatistiken, die islamfeindliche Straftaten seit 2017 gesondert erfassen, sowie Dokumentationen von muslimfeindlichen Vorfällen seitens Antidiskriminierungsstellen belegen mittlerweile in aller Deutlichkeit, dass antimuslimischer Rassismus kein gesellschaftliches Randphänomen darstellt, sondern weit in die Mitte unserer Gesellschaft gerückt und normalisiert ist. Muslim*innen erfahren durchweg und alltäglich in allen Gesellschaftsbereichen die Gewalt des Rassismus. Muslimisches Leben wie auch ein friedliches und vielfältiges Miteinander in unserer Gesellschaft sind hierdurch gefährdet.

Die Mordserie des NSU, die Gründung und der Vormarsch von PEGIDA, der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag, pauschalisierende Diskurse über Islam und Muslim*innen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, die weite Verbreitung antimuslimischer Haltungen in der Mitte der Gesellschaft, rassistische Anschläge auf Muslim*innen und Moscheen oder auch weißer Terror in München (2016), Hanau (2020) oder Halle (2022) sind nur einige der entsetzlichen Wegmarken der Geschichte und Gegenwart des antimuslimischen Rassismus in Deutschland. Für 2022 meldete das Bundeskriminalamt einen Anstieg des Rechtsextremismus und Rassismus um gut 7 % und sieht beides weiterhin als „die größte Bedrohung für die freiheitliche demokratische Gesellschaft“.
Der aktuelle Lagebericht Rassismus hält zudem fest, dass Muslim*innen – nach Sinti*zze und Rom*nja – „zu den am meisten abgelehnten Minderheiten in Deutschland“ zählen.

Als antirassistisches Netzwerk, das vor allem antimuslimischem Rassismus gegen junge Menschen entgegenwirkt, sind wir entsetzt über diese Zahlen und Entwicklungen. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur muslimisches Leben in Deutschland und jene Menschen, die als

muslimisch gelesen werden, sondern auch eine offene, vielfältige und friedliche Gesellschaft insgesamt. Aktuelle Studien und unsere Erfahrungen im Rahmen der JIK-Netzwerkarbeit machen zudem deutlich, dass gerade junge Menschen häufiger von antimuslimischem Alltagsrassismus betroffen sind und dass diese Vorfälle seltener aufgearbeitet und/oder juristisch geahndet werden. Die vorliegende Publikation hat das Ziel, das Thema „Antimuslimischer Rassismus gegen junge Menschen" sichtbarer zu machen, hierfür zu sensibilisieren sowie konkrete Handlungsempfehlungen an politische und zivilgesellschaftliche Entscheider*innen zu formulieren. Gerade für die Betroffenengruppe der jungen Menschen braucht es mehr Sichtbarkeit, Sensibilität sowie den zivilgesellschaftlichen und politischen Willen, um den rassistischen Zuständen in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.

7%

Anstieg des Rechtsextremismus und Rassismus im Jahr 2022 zum Vorjahr (BMI 2023)

Die Mordserie des NSU, die Gründung und der Vormarsch von PEGIDA, der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag, pauschalisierende Diskurse über Islam und Muslim*innen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, die weite Verbreitung antimuslimischer Haltungen in der Mitte der Gesellschaft, rassistische Anschläge auf Muslim*innen und Moscheen oder auch weißer Terror in München (2016), Hanau (2020) oder Halle (2022) sind nur einige der entsetzlichen Wegmarken der Geschichte und Gegenwart des antimuslimischen Rassismus in Deutschland.

Antimuslimischer Rassismus in Deutschland

Rassistische Einstellungen sind in der deutschen Gesellschaft nach wie vor weit verbreitet. Laut einer repräsentativen Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) von Anfang 2022 glaubt fast die Hälfte der Bevölkerung (49 %) immer noch an die Existenz menschlicher „Rassen", während ein Drittel der Bevölkerung (33 %) der Meinung ist, dass einige Völker oder ethnische Gruppen „von Natur aus fleißiger" sind als andere. 90 % der Bevölkerung glauben, dass es in Deutschland Rassismus gibt, und 61 %, dass er eine alltägliche Realität darstellt. Mehr als ein Fünftel (22 %) der Befragten gab zudem an, selbst schon einmal Rassismus erlebt zu haben, während 58 % derjenigen, die sich als rassifizierte Minderheit identifizieren, angaben, schon einmal in ihrem Leben Rassismus erlebt zu haben. Ein Ergebnis der Umfrage war auch, dass fast die Hälfte der Bevölkerung (45 %) bereits einen rassistischen Vorfall beobachtet hat.[1]

Antimuslimischer Rassismus als eine Form des Rassismus basiert auf der tatsächlichen oder zugeschriebenen Rassifizierung muslimischer Religionszugehörigkeit, die eine kulturalisierte und biologisierte Differenz zwischen Muslim*innen und Nicht-Muslim*innen konstruiert.[2] In diesem Zusammenhang ist es wichtig hervorzuheben, dass antimuslimische Diskurse historisch gewachsen und tradiert sind und Zuschreibungen im Sinne von ‚Fremdheit' und ‚Feindlichkeit' eine lange Geschichte im deutschsprachigen Raum haben.[3] Diese historisch gewachsenen und tradierten rassistischen Zuschreibungen aktualisieren sich in gegenwärtigen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozessen. Die historische Wirkmächtigkeit von antimuslimischen Rassismen und Zuschreibungen ist ein wichtiger Faktor, der bei ihrer Bekämpfung mitbedacht werden muss. Ohne eine historische Sensibilisierung des Phänomenbereichs kann demselben nur unvollständig entgegengewirkt werden. So zeigen beispielsweise europäische und deutsche Diskurse nicht nur eine lange Geschichte von Debatten über muslimische Frauen mit Kopftüchern (Hijab), die bis ins 18. und 19. Jahrhundert zurückreicht,[4] sondern auch eine Kontinuität von historisch gewachsenen Zuschreibungen gegenüber muslimischen Frauen of Color mit Kopftüchern.[5] Die Wirkmächtigkeit rassistischer Kontinuität kann allerdings ohne Kenntnis der langen Geschichte des antimuslimischen Rassismus gesellschaftlich nicht adressiert werden.

Die Vielzahl antimuslimischer Zuschreibungen, Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozesse ist mittlerweile hinreichend durch repräsentative Studien, Kriminalstatistiken und Dokumentationen seitens Antidiskriminierungsstellen, Beratungsorganisationen und anderen NGOs belegt. Empirische Daten bilden ein wesentliches Momentum in der Bekämpfung des antimuslimischen Rassismus, auch wenn die Dunkelziffer weiterhin als hoch vermutet wird.

In repräsentativen Umfragen, wie zum Beispiel der „Mitte"-Studie, geben mehr als ein Fünftel (21,5 %) der Befragten an, negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen zu haben.[6] Darüber hinaus teilt mehr als ein Drittel (36,9 %) der Befragten die Ansicht, die Zahl muslimischer Menschen in Deutschland sollte begrenzt werden, während 27,3 % der Auffassung sind, es lebten zu viele

1 Rassistische Realitäten. Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). *https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/CATI_Studie_Rassistische_Realit%C3%A4ten/DeZIM-Rassismusmonitor-Studie_Rassistische-Realit%C3%A4ten_Wie-setzt-sich-Deutschland-mit-Rassismus-auseinander.pdf* (abgerufen 03.10.2023).

2 Für eine eingehende Begriffsdiskussion für den deutschsprachigen Raum einschließlich weiterer Begriffe, vgl. u.a. Anne Schönfeld, Forschungszugänge zum Themenfeld Islam-/Muslimfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus. Eine Bestandsaufnahme (Essen: MUTIK gGmbH, 2018); Yasemin Shooman, „... weil ihre Kultur so ist": Narrative des antimuslimischen Rassismus, Kultur und soziale Praxis (Bielefeld: Transcript-Verlag, 2014); Ilka Eickhof, Antimuslimischer Rassismus in Deutschland: Theoretische Überlegungen (Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, 2010); Iman Attia, Die „westliche Kultur" und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus (Bielefeld: Transcript-Verlag, 2009).

3 Joseph Croitoru, Die Deutschen und der Orient. Faszination, Verachtung und die Widersprüche der Aufklärung (München: Carl Hanser Verlag); Sebastian Gottschalk, Kolonialismus und Islam (Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 2017); Almut Höfert, Den Feind beschreiben. „Türkengefahr" und europäisches Wissen über das Osmanische Reich 1450–1600 (Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 2004), Tomaž Mastnak, Crusading Peace. Christendom, The Muslim World, and Western Political Order (Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press, 2002); Edward Said, Orientalism (London: Penguin Books, 1978); Andrew Shyrock, Islamophobia/Islamophilia: Beyond the Politics of Enemy and Friend (Bloomington: Indiana University Press, 2010).

4 Meyda Yeğenoğlu, Colonial Fantasies. Towards a Feminist reading of Orientalism (Cambridge: Cambridge University Press, 1998).

5 Talal Asad, Trying to Understand French Secularism. In: Hent de Vries und Lawrence E. Sullivan (Hrsg.), Political Theologies. Public Religions in a Post-Secular World (New York: Fordham University Press, 2006); Frantz Fanon, Algeria Unveiled, in: A Dying Colonialism (New York, NY: Groove Press, 2007); Birgit Rommelspacher, Emanzipation als Konversion, ethikundgesellschaft, 2/2010, *https://ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/view/254/106* (Abruf: 04.10.2023).

6 Andreas Zick, Beate Küpper (Hrsg.), Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (Bonn, 2021), S. 187.

Muslim*innen in Deutschland.[7] Zugleich sind 33,5 % der Ansicht, dass die muslimische Kultur einen gefährlichen Einfluss auf die deutsche Kultur hat.[8]

Die Leipziger Autoritarismus-Studie (2022)[9] stellt mit Blick auf den antimuslimischen Rassismus teils deutlich höhere Werte in den ostdeutschen Bundesländern fest. In Ostdeutschland stimmen 46,6 % der Befragten der Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden" mindestens „überwiegend" zu, nur eine Minderheit lehnt die Aussage deutlich ab. Im Vergleich ist die Zustimmung zu dieser Aussage mit 23,6 % in Westdeutschland deutlich niedriger. Bei der zweiten Aussage ist der Unterschied weniger ausgeprägt, aber weiterhin kennzeichnend: 42,7 % in Ostdeutschland und 36,6 % in Westdeutschland fühlen sich durch „die vielen Muslime hier [...] manchmal wie ein Fremder im eigenen Land." Bei der Interpretation dieser Werte sollte der deutlich niedrigere Bevölkerungsanteil an Menschen muslimischen Glaubens in den ostdeutschen Bundesländern beachtet werden (Ost: 0,7 %–2,9 %, West: 4,4 %–10,8 %)[10]. Ausschlaggebend für eine hohe Zustimmung zu diesen Aussagen kann also nicht ein häufigerer (potenzieller) Kontakt mit Muslim*innen sein.

In Teilen der deutschen Bevölkerung zeigt sich auch eine abwehrende Haltung gegenüber dem sozialen Aufstieg von Muslim*innen. Viele Ost- und Westdeutsche wollen Muslim*innen nicht in Führungspositionen sehen, nehmen zudem ihre Bildungsaufstiege als Belastung wahr und haben Angst vor ihrer Gleichstellung.
In einer neueren Studie sagte fast jede zweite Person in Ostdeutschland (47,6 %) und ein Drittel der Westdeutschen aus, dass sie den Aufstieg von Muslim*innen in wichtige Führungspositionen auf dem Arbeitsmarkt unangenehm finden würden.[11] Auch wenn die Aufstiegsabwehr gegenüber Muslim*innen in Ostdeutschland stärker ausgeprägt

7 Andreas Zick, Nora Rebekka Krott, Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung von 2014 bis 2020. Studienbericht zur vierten Erhebung im Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit (Bielefeld, 2021), S. 26.

8 Zick, Andreas, Nora Rebekka Krott, Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung von 2014 bis 2020. Studienbericht zur vierten Erhebung im Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit (Bielefeld, 2021), S. 26.

9 Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Elmar Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? (Gießen: Psychosozial-Verlag, 2022), S. 71.

10 Kerstin Tanis, Muslimisches Leben in Deutschland (2020). Fact Sheet zur regionalen Verteilung muslimischer Religionsangehöriger mit Migrationshintergrund aus einem muslimisch geprägten Herkunftsland nach Bundesland. (Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021). *https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/Kurzberichte/fb38-muslimisches-leben-factsheet.pdf* (04.10.2023).

11 Vgl. Naika Foroutan, Coşkun Canan, Frank Kalter, Mara Simon, Ostmigrantische Analogien I: Konkurrenz um Anerkennung (Berlin, 2019), S. 28 f.

ist, befindet sie sich auch in Westdeutschland auf hohem Niveau. 40,4 % der Ostdeutschen sind der Meinung, man müsse aufpassen, dass die Bildungserfolge der Muslim*innen nicht zu Lasten der restlichen Bevölkerung gingen, während ein Drittel der Westdeutschen (33,1 %) dieser Aussage ebenfalls zustimmt. Darüber hinaus sind 53,1 % der Ostdeutschen der Meinung, dass umso besser es Muslim*innen gehe, desto mehr Forderungen würden sie stellen. 37,5 % der Westdeutschen teilen diese Befürchtung.

Vorurteile und diskriminierende Ansichten sind zwar nicht mit diskriminierendem Verhalten gegenüber Minderheiten gleichzusetzen, können jedoch diskriminierendes Verhalten begünstigen. Die Tatsache, dass ein großer Anteil der Bevölkerung es billigt, dass Muslim*innen gleiche Rechte und Aufstiegschancen vorenthalten werden, korrespondiert mit der Tatsache, dass Muslim*innen oder als solche gelesene Personen ein deutlich höheres Diskriminierungsrisiko haben. Dies zeigt sich insbesondere an der Bedrohungslage gegenüber Muslim*innen hinsichtlich Diskriminierungen sowie verbalen und körperlichen Verletzungen. Seit Jahren befinden sich die Zahlen antimuslimischer Vorfälle auf hohem Niveau. Für das Jahr 2022 hat CLAIM – Allianz gegen Islamfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit – insgesamt 898 antimuslimische Vorfälle im Rahmen des Community-basierten Monitorings dokumentiert. Hierzu zählen sowohl Diskriminierungen als auch verbale und körperliche Übergriffe. Der Bericht hält fest, „dass antimuslimischer Rassismus für Betroffene auch 2022 eine alltägliche Erfahrung ist und sich die Verbreitung von antimuslimischem Rassismus durch alle gesellschaftlichen Bereiche zieht."[12] (siehe Abb. 1).

12 CLAIM, Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland in 2022 (Berlin 2023), S. 22, *https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2023/06/20230622_zivilgesellschaftliches_lagebild_antimuslimischer_rassismus_2022_claim_web-1.pdf?x65074* (Abruf: 17.10.2023).

Erfahrungen mit antimuslimischem Rassismus
Lebensbereiche:

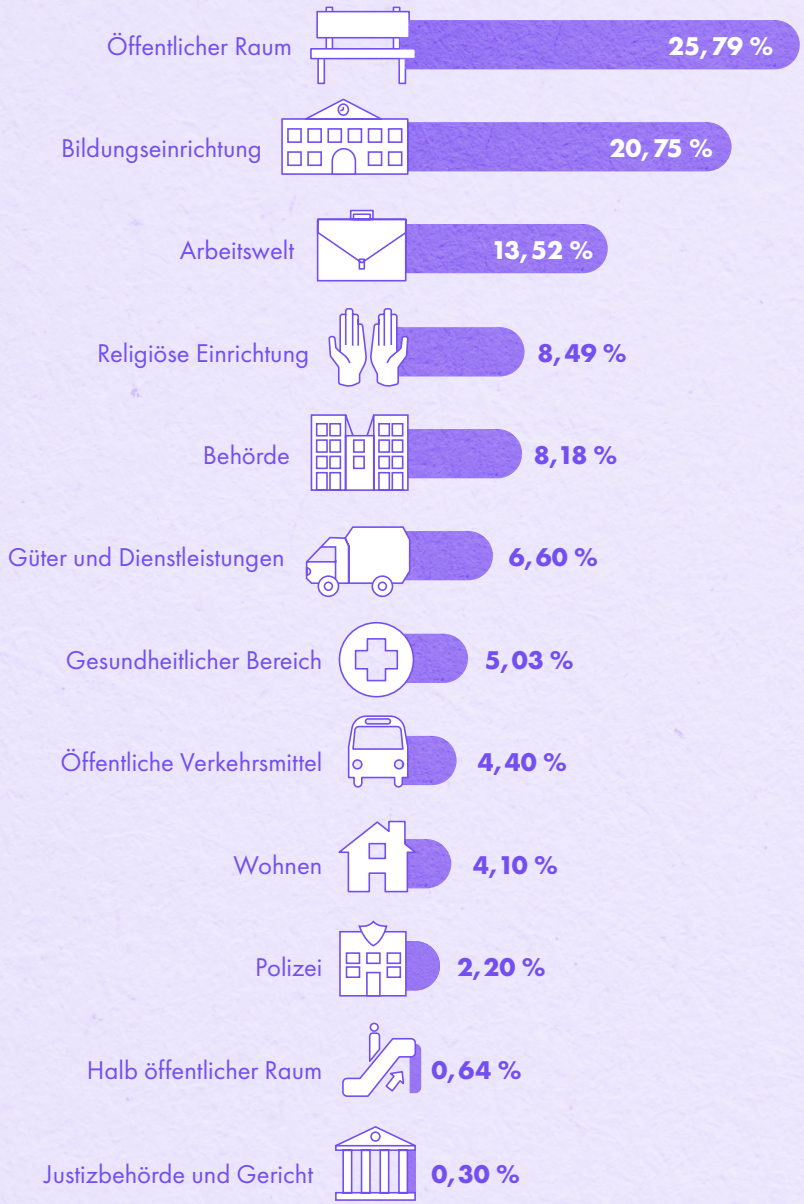


Abb. 1

Erfahrungen mit antimuslimischem Rassismus
Betroffene:

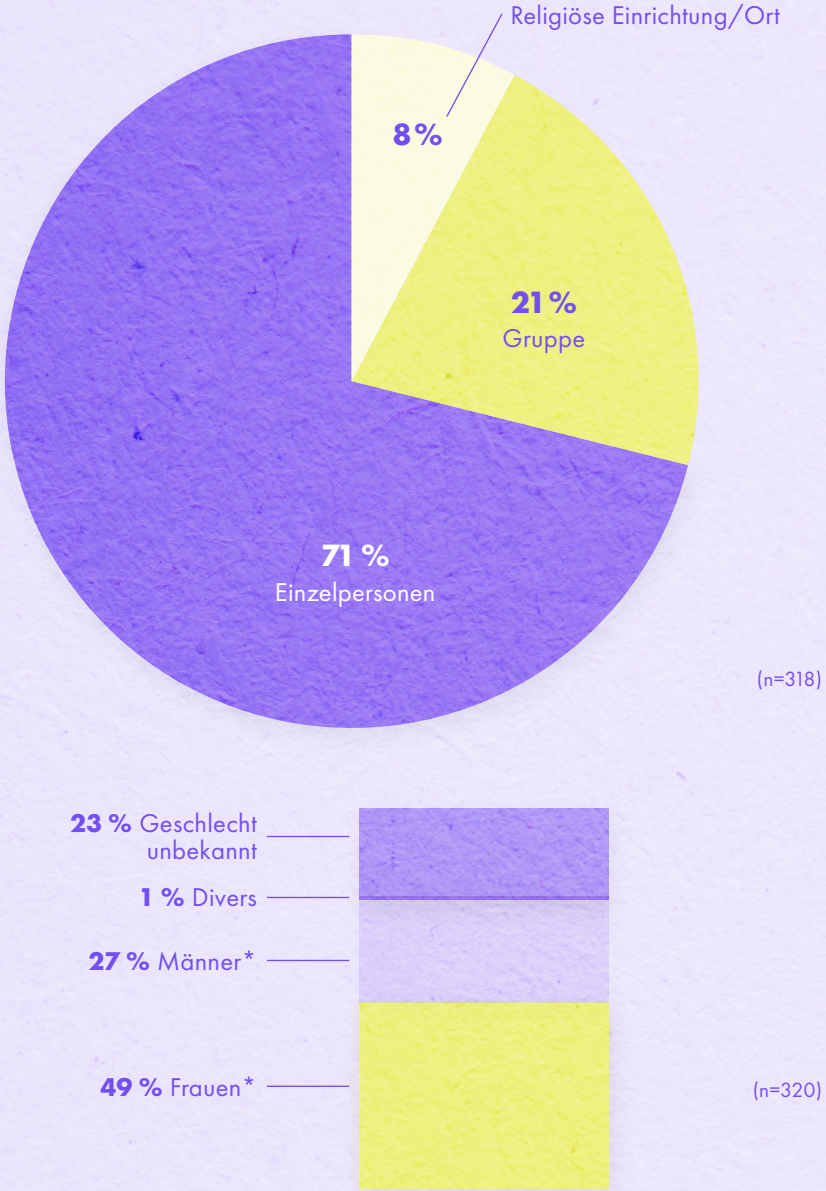


Abb. 2[13]

13 CLAIM, Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland in 2022 (Berlin 2023), S. 27, *https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2023/06/20230622_zivilgesellschaftliches_lagebild_antimuslimischer_rassismus_2022_claim_web-1.pdf?x65074* (Abruf: 17.10.2023).

Betroffenheit & Herausforderungen des antimuslimischen Rassismus bei jungen Menschen

Die Junge Islam Konferenz (JIK) wurde 2011 in Berlin als Projekt der Humboldt-Universität zu Berlin und der Stiftung Mercator gegründet. Ihr Gründungsgedanke war es, Gegennarrative zu steigenden islamfeindlichen Stimmungen und pauschalen Zuschreibungen zu entwerfen. Seitdem gibt die JIK jungen Menschen in der Debatte um Islam und Muslim*innen in Deutschland eine Plattform und vertritt dabei das Credo „Haltung statt Herkunft". Dahinter steht die Grundhaltung einer radikal vielfältigen Gesellschaft, in der sich plurale postmigrantische Perspektiven, Lebensentwürfe und Realitäten begegnen, konstruktiv in den Dialog begeben und sich zu Themen des Zusammenlebens positionieren.

In unserer alltäglichen Arbeit mit jungen Erwachsenen wird jedoch wiederkehrend deutlich, dass die plurale deutsche Demokratie ihr Versprechen auf Sicherheit und körperliche Unversehrtheit aller Bürger*innen bisher nicht eingelöst hat. Besonders deutlich zeigen das die rassistisch motivierten Morde des NSU, der Anschlag in Hanau, antisemitische Anschläge und Übergriffe auf Synagogen, aber auch antimuslimische Haltungen, Ressentiments und Vorfälle in der gesellschaftlichen Mitte. Zudem zeigen Themen wie Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe, dass nicht alle Bürger*innen in Deutschland de facto gleichgestellt sind.

Was sind deiner Meinung nach **die größten Herausforderungen** *für die Realisierung einer postmigrantischen Gesellschaft?*

Anmerkung: Online-Erhebung während der JIK Bundeskonferenz 2020, n=40, Mehrfachnennung möglich

Laut einer Umfrage[14], die wir innerhalb des JIK-Netzwerks durchgeführt haben, sind 96 % der Befragten der Meinung, dass Rassismus weiterhin zu den größten Herausforderungen unserer postmigrantischen Gesellschaft zählt.

In den letzten Monaten und Jahren sind quantitative wie auch qualitative Daten erhoben worden, um antimuslimischen Rassismus, seiner Form und Wirkweise wie auch den Erfahrungen und Perspektiven von Betroffenen mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Gleichzeitig gibt die aktuelle Datenlage nicht dezidiert darüber Auskunft, wo und in welcher Weise gerade junge Erwachsene im Alter von 17 und 27 Jahren von antimuslimischem Rassismus betroffen sind. Auffällig ist, dass die Betroffenenperspektive lange Zeit unberücksichtigt geblieben ist oder nicht ernst genommen wurde. So sind zum Beispiel bei polizeilichen Ermittlungen von Rassismus betroffene Menschen regelmäßig Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt.[15] Im Vergleich zum gesamtdeutschen Altersdurchschnitt stellen Muslim*innen mit einem Durchschnittsalter von rund 32 Jahren eine vergleichsweise junge Bevölkerungsgruppe dar.[16] Dies schließt mit ein, dass der Anteil von jungen Erwachsenen in dieser Bevölkerungsgruppe höher ist als in der Gesamtbevölkerung. Und doch bleibt antimuslimischer Rassismus mit Blick auf die Altersstruktur der Betroffenen wenig beforscht.
Jüngst herausgegebene Studien, wie beispielsweise die Publikation *Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus* von CLAIM oder der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit lassen jedoch erahnen, dass junge Erwachsene eine besonders stark betroffene Gruppe darstellen. So wird zunächst deutlich, dass der überwiegende Teil rassistischer Vorfälle im öffentlichen Raum stattfindet (25,79 %), wo insbesondere muslimische Frauen und als solche Gelesene beleidigt und angegriffen werden.[17] Für diesen Lebensbereich des öffentlichen Raums lässt sich aber mit Blick auf die Aufschlüsselung der Altersstruktur der Betroffenen noch nichts genaueres sagen.

14 Die Daten basieren auf der JIK-Studie von Zubair Ahmad und Asmaa Soliman, Kritik und Vision einer postmigrantischen Gesellschaft. Perspektiven junger Menschen auf das Zusammenleben (2022), die zwischen Oktober 2020 und Dezember 2021 durchgeführt wurde. Die Studie ist auf der JIK-Homepage zu finden: *www.junge-islam-konferenz.de*. Im Rahmen der Untersuchung haben wir Teilnehmer*innen und Speaker*innen der JIK-Bundeskonferenz 2020 nach ihren Einstellungen zur postmigrantischen Gesellschaft befragt. Erhoben wurden die Daten auf Grundlage von teilnehmender Beobachtung während der Bundeskonferenz, einem Online-Fragebogen mit 40 Teilnehmer*innen sowie 9 qualitativen Interviews. Die Fokusgruppe war zusammengesetzt aus Deutschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie Deutschen ohne Migrationsgeschichte, die alle aus verschiedenen Orten in Deutschland kamen und in unterschiedlichen Lebensrealitäten situiert waren.

15 Amnesty International, Polizei – Einsatzarbeit gegen Rassismus. *https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-sechs-forderungen-antirassismus-in-polizeiarbeit* (Abruf: 17.10.2023).

16 Deutsche Islam Konferenz, Daten und Fakten über den Islam in Deutschland, 29.06.2023, *https://www.deutsche-islam-konferenz.de/DE/DatenFakten/daten-fakten_node.html* (Abruf: 17.10.2023).

17 CLAIM, Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland in 2022 (Berlin, 2023), S. 26, *https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2023/06/20230622_zivilgesellschaftliches_lagebild_antimuslimischer_rassismus_2022_claim_web-1.pdf?x65074* (Abruf: 17.10.2023).

Für den Lebensbereich der Bildung hält Aliyeh Yegane von der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) jedoch fest, dass Schule der Ort ist, „wo die meisten Diskriminierungen stattfinden".[18] Die Anlaufstelle dokumentiert für 2022, dass 86 % der gemeldeten Diskriminierungsfälle Schüler*innen betrafen und 7 % Eltern. Schockierend ist die Feststellung, dass in weit über der Hälfte der Fälle (72 %) die Diskriminierung von der Schule selbst und hier im Wesentlichen von den Lehrkräften ausging. Ein beachtlicher Teil von Diskriminierungsfällen geht demnach auf die Institution Schule zurück und unterstreicht die strukturelle Dimension des Rassismus bzw. der Diskriminierung, der junge Menschen tagtäglich in dieser Institution ausgesetzt sind. Hierdurch schafft der Lernort Schule ein Umfeld der Ausgrenzung, der diskriminierendes Verhalten reproduziert und begünstigt.
Im Rahmen einer quantitativen Studie hält ADAS zudem fest, dass einem beträchtlichen Anteil der Befragten aufgrund deutscher Zugehörigkeitsdebatten das Deutschsein abgesprochen wird. So erleben 70 % die Zuschreibung „nicht deutsch" aufgrund ihres Namens, während 67 % das Deutschsein aufgrund ihrer islamischen Religionszugehörigkeit abgesprochen wird.[19] **Dass Schule kein neutraler Ort ist, in dem gesellschaftliche Ungleichheits- und Diskriminierungsmechanismen aufhören zu wirken, verdeutlicht auch unsere Umfrage, die wir im Jahr 2023 durchgeführt haben.[20] So gaben knapp 70 % der Befragten an, antimuslimischen Rassismus in der Schule erlebt zu haben.** Die Gewissheit darüber, dass das Erlebte als antimuslimischer Rassismus einzustufen ist, kommt bei Betroffenen häufig erst nach der Schulzeit. Mehrere Befragte aus unserer Erhebung gaben an, dass in der schulischen Laufbahn „häufig subtiler diskriminiert" wird und dass „aber erst im Nachhinein erkannt" wurde, dass es sich um Rassismus handelte. Eine andere befragte Person äußert, dass die „Schulzeit sehr geprägt von antimuslimischem Rassismus war, seitens der Lehrer*innen, aber auch von nicht-muslimischen Mitschüler*innen."

18 Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit in der Schule, in: CLAIM, Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland in 2022, S. 81, *https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2023/06/20230622_zivilgesellschaftliches_lagebild_antimuslimischer_rassismus_2022_claim_web-1.pdf?x65074* (Abruf: 17.10.2023).

19 LIFE e.V., ADAS, Aliyeh Yegane, Joachim Willems, Joshua Moir, Religion und Glauben an der Schule. Diskriminierungserfahrungen muslimischer Jugendlicher in Berliner Schulen (Berlin, 2021), *https://adas-berlin.de/wp-content/uploads/2022/03/Religion-und-Glauben-an-der-Schule_Studie.pdf* (Abruf: 04.10.2023).

20 Die Umfrage basiert auf Fragen, die zwischen Januar und Juni 2023 an JIK-Netzwerkmitglieder gerichtet wurden. Im Rahmen der Umfrage haben wir JIKler*innen nach ihren Erfahrungen und Einsichten hinsichtlich des antimuslimischen Rassismus befragt. Insgesamt nahmen 30 JIKler*innen an der Umfrage teil.

Dass Schule kein neutraler Ort ist, in dem gesellschaftliche Ungleichheits- und Diskriminierungsmechanismen aufhören zu wirken, verdeutlicht auch unsere Umfrage, die wir im Jahr 2023 durchgeführt haben.[19] So gaben knapp

70 %

der Befragten an, antimuslimischen Rassismus in der Schule erlebt zu haben.

Einen weiteren wichtigen Bildungsbereich stellt die Hochschule dar. Hier hat knapp über die Hälfte der Befragten (52,17 %) unserer Erhebung angegeben, antimuslimischen Rassismus erlebt zu haben. **Im Vergleich zu Schulen sind Hochschulen als Orte, an denen antimuslimischer Rassismus stattfindet, kaum untersucht.** So hält zum Beispiel der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit fest, dass spezifische Studien zu antimuslimischen Diskriminierungserfahrungen an Hochschulen „derzeit ein Forschungsdesiderat dar[stellen]."[21] Hier besteht, so der Bericht, „Nachholbedarf."[22]

Anhand des an dieser Stelle exemplarisch ausgewählten Lebensbereichs der Bildung wird deutlich, dass antimuslimischer Rassismus ein weit verbreitetes Phänomen darstellt. Gerade der Bereich der schulischen Bildung ist an dieser Stelle hervorzuheben, da Schule als verpflichtende Institution „für die Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen eine wesentliche Rolle [spielt]."[23]

Sowohl Betroffene des antimuslimischen Rassismus als auch *Allies* (Verbündete)[24] innerhalb der JIK berichten wiederkehrend von der Alltäglichkeit und Wirkmächtigkeit des antimuslimischen Rassismus in ihrem Leben. In der von uns durchgeführten Umfrage gaben 88 % der Befragten an, **persönlich** von antimuslimischem Rassismus betroffen gewesen zu sein, während aus derselben Gruppe der Befragten 83 % angaben, antimuslimischen Rassismus **miterlebt** zu haben, **ohne persönlich davon betroffen gewesen zu sein**. Knapp 56 % der Befragten gaben zudem an, **häufig** von antimuslimischem Rassismus **betroffen** zu sein und 65 % der Befragten aus unserem Netzwerk haben antimuslimischen Rassismus **häufig mitbekommen, ohne selbst davon betroffen zu sein**.

In den letzten Jahren sind wichtige Studien und Daten gesammelt worden, um antimuslimischen Rassismus sichtbarer zu machen und Licht ins empirische Dunkelfeld des antimuslimischen Rassismus zu bringen. Jedoch müssen diese Daten

21 Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz, 2023, S. 153. *https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI23006-muslimfeindlichkeit.pdf?__blob=publicationFile&v=18* (Abruf: 04.10.2023).

22 Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz, 2023, S. 152.

23 Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz, 2023, S. 140.

24 Allyship beschreibt den Prozess der aktiven Verbündetenschaft einer privilegierten Person mit Menschen aus einer gesellschaftlich unterdrückten Gruppe. Eine weiterführende Diskussion des Begriffs findet sich unter *#Allyship – FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW (gender-nrw.de)* (Abruf: 04.10.2023).

auch mit Blick auf die Altersstruktur der Betroffenen spezifiziert werden, um konkrete Maßnahmen zu beschließen bzw. zu implementieren. So sehen wir weiterhin, dass Handlungsempfehlungen tendenziell allgemein formuliert bleiben. Eine Ausnahme bildet die Kategorie Geschlecht, die sinnvollerweise mitgedacht wird. Da die Kategorie Alter weitgehend unberücksichtigt bleibt, gibt es auch kaum empirische Daten darüber, in welchem empirischen Umfang und in welcher Form junge Menschen konkret von antimuslimischem Rassismus betroffen sind. Gleichzeitig lässt sich aufgrund unserer Erfahrung wie auch der weiten Verbreitung des antimuslimischen Rassismus in den Bereichen Öffentlichkeit und Bildung darauf schließen, dass junge Menschen eine besonders vulnerable Betroffenengruppe sind, dass aber genaue Zahlen über den Grad ihrer Vulnerabilität fehlen.

Als Austauschplattform und Empowermentraum für junge Menschen zwischen 17 und 27 Jahren sehen wir, dass Rassismuserfahrungen die psychosoziale Entwicklung von jungen Menschen und Erwachsenen gefährden, ihre Teilhabe an der Gesellschaft deutlich einschränken und den Bildungserfolg wie auch die Berufswahl erheblich beeinträchtigen. Rassismuserfahrungen sind aber immer auch gewaltvolle Ohnmachtserfahrungen.

Im Rahmen unserer Arbeit zeigt sich, dass es enorme Anstrengungen braucht, um die alltägliche Erfahrung des antimuslimischen Rassismus bei jungen Erwachsenen aufzufangen und konsequent zu verarbeiten. Solange jedoch die Wirkweisen des antimuslimischen Rassismus mit Blick auf die Altersstruktur allgemein und mit Blick auf junge Menschen zwischen 17 und 27 Jahren nicht deutlich werden, solange ist auch die Formulierung und Implementierung effektiver Gegenmaßnahmen erschwert bzw. mindestens begrenzt. Als Netzwerk junger Menschen möchten wir deshalb Handlungsempfehlungen formulieren, die dieser Betroffenengruppe mehr Sichtbarkeit geben und die Gesellschaft für ihre Belange stärker sensibilisieren können.

Handlungs-empfehlungen für mehr Sichtbarkeit und Sensibilisierung für die Betroffenen-gruppe junger Menschen:

01

Grundsätzliche Anerkennung der Vulnerabilität junger Menschen durch antimuslimischen Rassismus.

02

Stärkere gesellschaftspolitische Sensibilisierung für und Sichtbarkeit von antimuslimischem Rassismus mit Bezug auf junge Menschen im Alter von 17 und 27 Jahren durch die Implementierung der Altersstruktur als Analysekategorie in zukünftigen Studien und Erhebungen, um die Weitläufigkeit, Wirkmächtigkeit und Wirkweise des antimuslimischen Rassismus für junge Menschen eingehender zu erkennen und zu verstehen.

03

Entwicklung von effektiven Gegenmaßnahmen für die Betroffenengruppe der jungen Menschen auf Basis der Ergebnisse zukünftiger Erhebungen.

04

Besondere Berücksichtigung rassismuskritischer Sensibilisierung im Bereich der Bildung.

05

Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen gegen Diskriminierung im Bereich Bildung.

06

Berücksichtigung und ggf. Anpassung des Antidiskriminierungsrechts im Sinne der jungen Menschen.

07

Fachlicher Ausbau und finanzielle Nachhaltigkeit von Empowermentangeboten und -strukturen für junge Menschen, die von antimuslimischem Rassismus betroffen sind.

Antimuslimischer Rassismus – eine deutsche Bilanz

Zubair Ahmad im Gespräch mit Saba-Nur Cheema

Der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) begann seine Arbeit im September 2020 und beendete diese am 30. Juni 2023. In insgesamt 90 Sitzungen in Plenum, Arbeitsgruppen und Gesprächsrunden mit Expert*innen hat sich der UEM in grundlegender Weise mit dem Phänomen Muslimfeindlichkeit auseinandergesetzt. Mit seinen Ergebnissen leistet der Bericht einen wesentlichen Beitrag dazu, ein gesellschaftlich wenig beachtetes und ebenso wenig beforschtes Phänomen in seinen offenen wie auch subtilen Erscheinungsformen und Wirkungsweisen sichtbar und beschreibbar zu machen.

ZA: Saba, du warst Teil des historisch ersten und wichtigen Expert*innenkreises zur Muslimfeindlichkeit. Welche gesellschaftspolitische Bedeutung hatte damals die Etablierung des Kreises und welche gesellschaftspolitische Bedeutung hat nun der Bericht für uns als postmigrantische Gesellschaft?

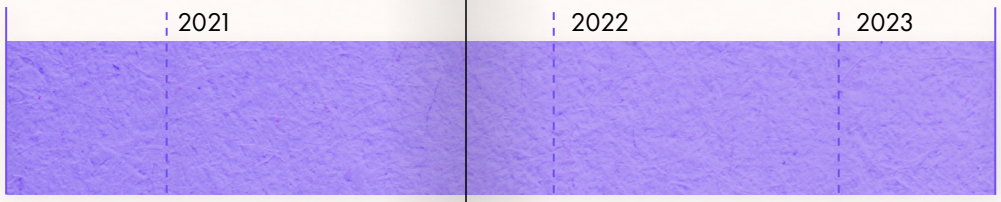
SNC: Der Kreis ist nach dem rassistischen Anschlag in Hanau, im Februar 2020, einberufen worden. Das war der Anlass, entschiedener gegen Muslimfeindlichkeit in Deutschland vorzugehen. Es war ein wichtiges Signal, zunächst einmal an Muslim*innen, die seit Jahren das Thema auf die politische Agenda bringen. Diverse Teilnehmende der Deutschen Islamkonferenz haben zum Beispiel immer wieder das Thema angesprochen und gesagt, wir müssen darauf schauen, wie es eigentlich Muslim*innen in Deutschland geht. Seit 2017 werden ja schon im Rahmen der PMK (Politisch Motivierte Kriminalität) islamfeindliche Straftaten erfasst, aber durch den Anschlag in Hanau ist dann nochmal die größere Relevanz deutlich geworden. Perspektivisch müssen wir uns mehr mit dem Thema auseinandersetzen, einfach auch, um effektive Maßnahmen zur Bekämpfung zu schaffen. Deshalb ist es auch ein wichtiges Signal an die gesamte Gesellschaft.
Was mit den Empfehlungen aus dem Bericht nun geschieht, das bleibt tatsächlich abzuwarten. Insgesamt ist meine Wahrnehmung, dass es eine große und positive Resonanz gab, mehr als ich erwartet habe, also auch medial. Nahezu alle Leitmedien haben darüber berichtet. Es ist allerdings noch zu früh, um zu sagen, wohin der Bericht noch wirken wird.

ZA: Das ist gut zu hören, das sind wichtige Signale. Also, dass der Bericht eine Rezeption zu entwickeln und damit seine Wirkung zu entfalten scheint.

SNC: Ich würde auch sagen, dass wir bei der ewigen Debatte über „der Islam gehört zu Deutschland“ weitergekommen sind. Jetzt liegt dieser Bericht vor, mit dem Titel „Muslimfeindlichkeit – eine

September 2020

Beginn des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM)



30. Juni 2023

Ende der Tätigkeit des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM)

deutsche Bilanz“. Das klingt jetzt so, als ob die Anerkennung von Muslimfeindlichkeit etwas mit der Anerkennung von Muslim*innen zu tun hat. Ja, da gibt es einen Zusammenhang. Muslim*innen sind hier, sie leben hier, sie sind deutsche Muslim*innen, weshalb es wichtig ist zu wissen, wie es um ihre Teilhabe steht.

ZA: Der Bericht wurde an politisch wichtige Institutionen und Ämter herangetragen. So habt ihr den Bericht zum Beispiel an die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Juliane Seifert, übergeben und wart auch im Bundespräsidialamt bei Frank-Walter Steinmeier. Wie hast du diese und andere Rezeptionen in der Politik wahrgenommen bzw. wie ordnest du diese Treffen mit Blick auf die politische Arbeit gegen Muslimfeindlichkeit ein?

SNC: Den Bericht haben wir an die Staatssekretärin Juliane Seifert übergeben, weil die Erstellung im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) erfolgt ist. Wir hätten ihn eigentlich gerne der Bundesinnenministerin Nancy Faeser selbst gegeben. Sie war verhindert, was wir erst kurzfristig erfuhren. Das haben wir öffentlich bedauert, denn für uns wäre die Anwesenheit der Bundesinnenministerin – auf rein symbolischer Ebene – ein wichtiges Zeichen gewesen. Es wäre zum einen eine Anerkennung für die Arbeit der Kommission, und zum anderen eine Anerkennung der Betroffenen von Muslimfeindlichkeit. Die Einladung des Bundespräsidialamts war noch einmal etwas anderes, das war nicht selbstverständlich. Das große und öffentlich gezeigte Interesse seitens des Bundespräsidenten hat eine Strahlkraft. Er nahm sich mehr Zeit als geplant und beantwortete die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, gar nicht – für ihn stelle sich diese Frage gar nicht. Er betonte, dass wir ein „Land mit Migrationshintergrund“ seien. Das ist seine eigene Antwort auf diese Debatte, da steckt für ihn alles mit drin. Man könnte also schlussfolgern, dass auf der politischen Ebene das Problem der Diskriminierung von Muslim*innen zunehmend gesehen und anerkannt wird.

ZA: Danke für deine Einschätzung. Inwieweit können zum Beispiel Institutionen wie die Junge Islam Konferenz, aber auch andere, hier wirken, also das aktuelle Momentum nutzen? Der Bericht „Muslimfeindlichkeit“ war eine wichtige Publikation. Im Laufe des Jahres 2023 hatten wir zudem die Veröffentlichung des Lageberichts „Rassismus in Deutschland“ von der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus wie auch die wichtige Publikation von CLAIM zum zivilgesellschaftlichen Lagebild zu antimuslimischem Rassismus. Letztes Jahr hat zudem die Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus Berlin ebenfalls Handlungsempfehlungen herausgebracht. Würdest du sagen, dass das ein wichtiger Zeitpunkt ist, dass (zivil-)gesellschaftliche Akteur*innen ihre Aktivitäten nochmal bündeln bzw. verstärken?

SNC: Gute und wichtige Frage! Es ist tatsächlich ein ganz wichtiger Moment, die Umsetzung der vielen Empfehlungen immer wieder in Erinnerung zu rufen. Denn: Es gibt keinen Follow-Up-Mechanismus. Was ich meine: Wer guckt eigentlich, was nun mit den Ergebnissen und vielen Empfehlungen für den Schutz vor Diskriminierung von Muslim*innen passiert? Die Kommission hat sich mit der Abgabe des Berichts aufgelöst und es gibt nun keine Instanz mehr, die für das weitere Vorgehen zuständig ist. Wir haben zwar einen Beauftragten für Muslimfeindlichkeit als Pendant zu den anderen, wie dem Beauftragten für Antisemitismus und Antiziganismus empfohlen. Hier besteht aber die Gefahr, dass alles auf diese eine Person abgeladen wird und dann geschaut wird, was sie macht. Bis dato gibt es aber dahingehend auch keine weiteren Entwicklungen, soweit ich das sehe. Die Zivilgesellschaft ist also dahingehend entscheidend, dass sie die Politik und die Bundesregierung an ihre Pflichten erinnern sollte. Also inwiefern sie diese Empfehlungen aufgreift, sei es im Bildungsbereich oder sei es im Bereich der Polizei und Justiz. Wir empfehlen auch mehr Unterstützung durch Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen gegen Muslimfeindlichkeit. Auch hier stellt sich die Frage, wann welche Prozesse in die Wege geleitet werden. Und was ist jetzt mit den dringend notwendigen Monitoringstellen? Was ist jetzt mit den Schulbüchern, die überarbeitet werden müssen? Gibt es jetzt jemanden, der draufschaut, dass das in der Kultusministerkonferenz auch geprüft wird? Wir sind vereinzelt in Kontakt mit Bundestagsabgeordneten und es gibt sehr wenige, die sich das Thema auf die Fahne geschrieben haben.

ZA: Insgesamt sind in der gegenwärtigen Auseinandersetzung verschiedene Begriffe im Umlauf, die antimuslimische Haltungen in unserer Gesellschaft thematisieren: Islamophobie, Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit oder auch antimuslimischer Rassismus. Wie seid ihr mit dieser begrifflichen Vielfalt umgegangen bzw. inwieweit trägt eure Begriffsdefinition dieser Vielfalt Rechnung?

SNC: Dadurch, dass Muslimfeindlichkeit vorgegeben war, ist das der Kernbegriff, der sich durch den ganzen Bericht zieht. Wir haben als Kommission zwar ganz unterschiedliche Positionen und zum Teil auch andere Begriffe für eigentlich dasselbe Phänomen verwendet – manchmal mit leichten Unterschieden, manchmal fast identisch. Und wir haben uns letztlich dazu entschieden, diese Konzeptvielfalt als Gewinn zu deuten. Im nächsten Schritt haben wir gesagt, wir werden das Phänomen sehr detailliert beschreiben, indem wir auf verschiedene Bereiche gucken und sie genau ausarbeiten – aber wir möchten

Es ist tatsächlich ein ganz wichtiger Moment, die Umsetzung der vielen Empfehlungen immer wieder in Erinnerung zu rufen. Denn: Es gibt keinen Follow-Up-Mechanismus. Was ich meine: Wer guckt eigentlich, was nun mit den Ergebnissen und vielen Empfehlungen für den Schutz vor Diskriminierung von Muslim*innen passiert?

in dieser Begriffsdebatte nicht sagen, welcher Begriff richtig oder falsch ist. Und zwar aus dem Grund, weil solch eine Debatte bisher zu nichts geführt hat, außer vom eigentlichen Phänomen abzulenken. Worauf wir uns schnell einigen können, ist, dass „Islamophobie“ kein Terminus ist, der im deutschen Kontext brauchbar ist. Das ist auch in der Wissenschaft unumstritten. Auch diejenigen, die Probleme mit „antimuslimischem Rassismus“ haben, würden nicht von Islamophobie, sondern eher von Islamfeindlichkeit sprechen. Auch im Englischen gibt es eine zunehmende Verschiebung von „islamophobia“ hin zu „anti-Muslim racism“. Wir haben Muslimfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus in unserer Arbeitsdefinition als Synonym verwendet.

ZA: Der Bericht basiert auf einer sehr großen Datengrundlage, die repräsentative Studien, Kriminalstatistiken und Dokumentationen von muslimfeindlichen Vorfällen berücksichtigt. Zudem haben auch sogenannte Hearings stattgefunden, die Erfahrungen mit antimuslimischem Rassismus aus der Betroffenenperspektive mitdenken und berücksichtigen. Kannst du uns sagen, was zusätzlich zu den empirischen Daten die Relevanz der Betroffenenperspektive für den Bericht ist und warum sie für den Expertenkreis wichtig war?

SNC: Die Betroffenenperspektive in Diskriminierungsphänomenen ist inzwischen fast schon unumstritten ein relevanter Aspekt in der Auseinandersetzung mit der jeweiligen Form. Wenn wir von Antisemitismus oder Sexismus reden, ist klar, dass die Perspektive der Betroffenen eine wichtige Rolle spielt. Entsprechend stand das für uns nicht zur Debatte, ob die Perspektive von Muslim*innen in den Bericht soll oder nicht. Betroffenenperspektive wird häufig eher mit Mitleid, Emotionalität und Opferhaltungen verbunden. Jedoch geht es gar nicht nur um die unmittelbare Diskriminierungserfahrung, es geht eigentlich auch darum, dass Betroffene häufig eine bestimmte Sensibilität haben und ein tiefergehendes Verständnis darüber, was das Problem eigentlich ist, weil sie es selbst erleben. Das weiß man eben aus der Arbeit mit Betroffenen, zum Beispiel mit behinderten Menschen. Also, wie geht es ihnen, was erfahren sie und was brauchen sie entsprechend? Da sind betroffene Personen (auch) die Expert*innen. Ich kann erst auf bestimmte Lebensbereiche schauen, wenn mir jemand sagt, dass diese relevant sind. Wie kommen wir beispielsweise auf die Idee, auf das Gesundheitswesen zu blicken und zu gucken, inwiefern Menschen dort Diskriminierung erfahren. Ja klar, weil das Menschen, die sie erfahren, gesagt haben, sich dazu geäußert haben. Warum wissen wir, dass Treppen für Menschen im Rollstuhl oder für Familien mit Kinderwagen den Zugang zu vielen Orten verwehren? Das äußern Betroffene, sonst würden weiterhin Treppen gebaut. Und ich meine, dass dieses verstärkte

Einbeziehen der Betroffenenperspektive nicht nur Einzelpersonen, sondern auch migrantische Interessensverbände und Selbstorganisationen stärker sichtbarer macht. Auch eine wichtige Sache in einer pluralen Gesellschaft!

ZA: Die JIK versteht sich als eine Austauschplattform und Empowerment-Raum zu islambezogenen Fragen und damit verbundenen Themen des Zusammenlebens in der postmigrantischen Gesellschaft. Da interessiert es uns als Junge Islam Konferenz natürlich, inwieweit die Altersstruktur von Betroffenen, und im Besonderen die Altersgruppe zwischen 17 und 27 Jahren, für den Bericht eine Rolle gespielt haben?

SNC: Wir haben Studien in Auftrag gegeben und Hearings gemacht mit verschiedenen Organisationen. In der Studie sind vor allem Personen zwischen 18 und 50 Jahren befragt worden. Das heißt, wir reden schon von einem gewissen Anteil von Menschen zwischen 18 und 27, aber wissen das nicht genau, denn es liegt keine Sonderauswertung für diese Altersgruppe vor. Ich würde dafür plädieren, dass diese Altersgruppe als eine gesonderte Gruppe mehr Beachtung erfährt. Es gibt eine BAMF-Studie, die bald erscheint, in der Menschen ab 16 Jahren befragt wurden. Wir gehen auf die Ergebnisse dieser Studie im Bericht ein. Eine wichtige Erkenntnis unserer, aber auch anderer Studien ist allerdings, dass jüngere Menschen (auch hier geborene) viel häufiger Diskriminierung beklagen als ältere Menschen. Das hängt häufig mit einem stärkeren Bewusstsein für Diskriminierungsgeschehen zusammen.

ZA: Lassen sich denn trotzdem allgemeine Aussagen darüber treffen, in welcher Weise diese Gruppe von jungen Erwachsenen zwischen 17 und 27 Jahren von antimuslimischem Rassismus betroffen ist und in welcher Qualität?

SNC: Betrachtet man die Datenlage insgesamt, wird deutlich, dass Schule ein ganz relevanter Ort ist, wo Diskriminierung und Rassismus stattfindet. Es gibt unter anderem eine Studie von ADAS in Berlin, die mit muslimischen Schüler*innen gemacht worden ist. Sie ist immer noch die einzige Studie, wo muslimische Jugendliche gefragt worden sind, inwiefern sie Diskriminierung in der Schule erfahren. Und tatsächlich sprechen etwa 90 % der Schüler*innen von Diskriminierungserfahrungen – und über 70 % dieser Geschehnisse sind von Lehrkräften ausgegangen. Auch in den Hearings wurde deutlich, dass die Erfahrungen in der Schule sehr prägend sind, das schleppen die Personen sozusagen noch lange mit sich herum. Es gibt zwei laufende Projekte, auf die wir aufmerksam machen, die sich damit auseinandersetzen, dass gerade muslimische Jugendliche häufig die Zielgruppe sind von Sicherheitsdiskursen und Interventionsmaßnahmen. Ein Projekt nennt das die „rassistischen Nebeneffekte“ von Extremismusprävention.
Ich finde, dass das ein guter Ausdruck ist, um auf die rassistische Normalisierung und Institutionalisierung von bestimmten Diskursen aufmerksam zu machen.
Viele Erfahrungen wiederholen sich bzw. setzen sich in anderer Weise fort in der Ausbildung und generell auf dem Arbeitsmarkt. Es gibt Studien, die zeigen, wie schwer es eine muslimische Frau mit Kopftuch hat. Ohnehin kann festgehalten werden, dass die muslimische Frau mit Kopftuch am stärksten von antimuslimischem Rassismus betroffen ist. Je sichtbarer jemand als Muslim*in unterwegs ist, desto angreifbarer ist die Person. Was die Erfahrungen an Hochschulen betrifft: Hier muss man sagen, es existiert eine große Wissenslücke.

ZA: Welcher Platz ist dieser spezifischen Betroffenengruppe in der Arbeit und im Bericht des Expert*innenkreises zugekommen und gibt es Handlungsempfehlungen, die die Bedarfe dieser Gruppe speziell in den Blick nehmen?

SNC: Es gibt verschiedene Stellen, an denen wir besonders die kopftuchtragende muslimische Frau und ihre Vulnerabilität berücksichtigen. Zum einen empfehlen wir die Anpassung des Berliner Neutralitätsgesetzes an die Grundsätze der im Grundgesetz festgelegten Religionsverfassung. Das ist zum Beispiel etwas, was sich schon sehr explizit auf diese Betroffenengruppe bezieht. Ein anderer Bereich ist die Justiz und Verwaltung. Hier empfehlen wir die Stigmatisierung und Benachteiligung von muslimischen Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Dienst zu beenden, denn kopftuchtragende Frauen sollen grundsätzlich das Recht haben, alle öffentlichen Ämter in Justiz und Verwaltung auszuüben.
Wir wissen, dass die ganze Debatte um kopftuchtragende Lehrerinnen einen massiven Einfluss auf nahezu alle Arbeitsbereiche für Frauen hatte, zum Beispiel im Einzelhandel oder in der freien Wirtschaft. Deshalb sind Frauen mit Kopftuch einer fast unumgänglichen Barriere ausgesetzt, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Was ich an dieser Stelle aus unserer Arbeit auch teilen kann, ist, dass wir bei der Formulierung und Abfassung der allerersten grundsätzlichen Handlungsempfehlung – den Schutz von Muslim*innen im gesamten öffentlichen Raum durch den Staat zu gewährleisten – insbesondere an die Gruppe der muslimischen kopftuchtragenden Frau gedacht haben.

ZA: Während der vergeschlechtlichte Diskurs um das Kopftuch besonders muslimische Frauen of Color als Zielscheibe hat, konstruieren und reproduzieren Debatten um die Beschneidung, „Ehrenmorde“ oder den „politischen Islam(ismus)“ besonders muslimische Männer of Color als Opfer und Täter einer archaischen Religionstradition. Inwieweit lassen sich

Aussagen darüber treffen, wie sich antimuslimische Debatten auf muslimische Männer of Color auswirken?

SNC: Ja, das ist die andere Seite der Medaille. Wenn wir über den antimuslimischen Diskurs und die Geschlechterfrage sprechen und das Bild der unterwürfigen, wehrlosen, unterdrückten Muslimin konstruiert wird, steht ihr der übermächtige, aggressive muslimische Mann gegenüber. Dieser erfährt wahrscheinlich eher weniger körperliche Anfeindungen als zum Beispiel die (kopftuchtragende) muslimische Frau, weil er als aggressiv imaginiert wird, als Täter, im Clan organisiert, der seine Schwester ermorden würde, wenn sie etwas gegen die „Ehre" tut und der potenziell Islamist oder Dschihadist werden kann. Das Stereotyp des gefährlichen und bedrohlichen Muslim ist tief in der Gesellschaft verankert. Deshalb höre ich auch häufig: „Ach, mein muslimischer Nachbar ist aber ganz anders." Das heißt: Ein netter und freundlicher Muslim ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Die islamistischen Anschläge haben natürlich zu diesem Bild beigetragen – es waren immer Männer. Betroffene werden häufig mit diesem Bild konfrontiert, von der Schulbank bis zum Arbeitsplatz. So zeigt beispielsweise eine Studie, dass ein Drittel der Lehrkräfte der Meinung ist, dass Muslime aggressiver sind als Nicht-Muslime – und dabei haben sie besonders muslimische Jungs im Kopf.

ZA: Was braucht es vor allem seitens der Politik, damit sich demokratische Versprechen auch für Muslim*innen erfüllen?

SNC: Neben der deutlichen Anerkennung muslimischen Lebens als auch der Ausgrenzungserfahrungen, die viele Muslim*innen machen, braucht es seitens der Politiker*innen in Land und Bund das Engagement, diese Anerkennung auch in praktische Maßnahmen umzusetzen. Unsere Handlungsempfehlungen betreffen diverse Bereiche – sei es Schule oder der Kulturbereich – für die es nun Akteur*innen braucht, die diese Empfehlungen in Angriff nehmen, Handlungsmöglichkeiten eruieren und Veränderungen erwirken. Ansonsten bleibt es einfach nur ein Dokument für die Ablage.

ZA: Was braucht es gegenwärtig, um antirassistischer Arbeit die Nachhaltigkeit zu geben, die sie in diesen Zeiten dringend nötig hat?

SNC: Tatsächlich brauchen wir endlich das Demokratiefördergesetz, um zivilgesellschaftliche Arbeit nachhaltig zu stärken. Die kurzzeitige Projektfinanzierung ist für Träger ein problematischer Zustand, da damit weder inhaltliche noch personelle Kontinuitäten gesichert werden können. Es braucht daher langfristige, strukturelle Förderung von antirassistischer, anti-antisemitischer und diskriminierungskritischer Arbeit in der Zivilgesellschaft. Damit es zu keiner Konkurrenz kommt, ist auch ein breiteres Angebot an Fördermöglichkeiten notwendig als bisher – auch, damit unterschiedliche Organisationen und Initiativen die Chance haben, antirassistische Arbeit mitzugestalten. Häufig fallen kleinere Organisationen, die in kleineren Kommunen und Städten arbeiten, aus der Förderung raus. Dabei braucht es jede noch so kleine Initiative, um antirassistische Arbeit voranzubringen!

Das Interview führte **Zubair Ahmad**, Projektmanager Outreach, Junge Islam Konferenz.

Saba-Nur Cheema ist Politikwissenschaftlerin und wurde von Bundesinnenminister Seehofer in den „Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit" berufen. Das Gremium bestand aus zwölf Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis und hat Muslimfeindlichkeit untersucht sowie praxisorientierte Ansätze erarbeitet. Der Bericht mit Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Gesellschaft wurde vom Bundesinnenministerium im Juni 2023 unter dem Titel *Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz veröffentlicht.*

Tatsächlich brauchen wir endlich das Demokratiefördergesetz, um zivilgesellschaftliche Arbeit nachhaltig zu stärken. Die kurzzeitige Projektfinanzierung ist für Träger ein problematischer Zustand, da damit weder inhaltliche noch personelle Kontinuitäten gesichert werden können. Es braucht daher langfristige, strukturelle Förderung von antirassistischer, anti-antisemitischer und diskriminierungskritischer Arbeit in der Zivilgesellschaft.

Junge Islam Konferenz

JUNGE ISLAM KONFERENZ

Die **Junge Islam Konferenz (JIK)** ist eine Austauschplattform und ein Empowerment-Raum zu islambezogenen Fragen und damit verbundenen Themen des Zusammenlebens in einer post-migrantischen Gesellschaft. Mit unseren Angeboten richten wir uns insbesondere an junge Erwachsene zwischen 17 und 27 Jahren. Dabei steht die Arbeit mit von Rassismus Betroffenen und *Allies* (Verbündeten) im Fokus. Wir schaffen Begegnungsmöglichkeiten und bestärken unser junges Netzwerk darin, an öffentlichen Debatten teilzunehmen und eine inklusive Gesellschaft mitzugestalten. Als zivilgesellschaftlicher Akteur richten wir uns mit unserem Wirken auch an Stakeholder aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft, um mit ihnen zu den Themen Islam und Muslim*innen in Deutschland, Diversität, Teilhabe und Repräsentation zu sprechen.

Seit Oktober 2019 ist die JIK als eigenständiger Programmbereich bei der **Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa** angesiedelt. Die überparteiliche Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa wurde 1971 von Pauline Schwarzkopf in Hamburg gegründet. Die Vision der Schwarzkopf-Stiftung ist ein Europa der Offenheit, Solidarität und Demokratie und eine inklusive, offene, pluralistische europäische Zivilgesellschaft, die von jungen Menschen gestaltet wird. Um diese Vision zu verfolgen, berät, qualifiziert und unterstützt die Stiftung junge Europäer*innen durch Veranstaltungen, Workshops, Preise, Fortbildungsmöglichkeiten, Reisen sowie Dialog- und Bildungsplattformen, z.B. in den jugend-geleiteten Netzwerken European Youth Parliament, Understanding Europe, Young Ambassadors against Antisemitism und Junge Islam Konferenz.

Impressum

Herausgebende
Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa / Junge Islam Konferenz
Sophienstraße 28/29
10178 Berlin
www.schwarzkopf-stiftung.de
www.junge-islam-konferenz.de

Autor
Zubair Ahmad

Layout
actu&tactu GbR, www.actu-tactu.de
Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

V. I. S. D. P.
Jasemin Seven

(Oktober 2023)

Dies ist eine Publikation der Schwarzkopf-Stiftung im Programmbereich Junge Islam Konferenz. Sie wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!" vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und von der Mercator Stiftung gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BafzA oder der Stiftung Mercator dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung

@junge.islamkonferenz
@jungeislamkonferenz
youtube.com/c/jungeislamkonferenz
flickr.com/photos/jungeislamkonferenz
vimeo.com/jungeislamkonferenz
soundcloud.com/jungeislamkonferenz
www.junge-islam-konferenz.de

Ein Programm der

Schwarzkopf Stiftung
JUNGES EUROPA

Gefördert durch

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

STIFTUNG MERCATOR

JUNGE
ISLAM
KONFERENZ